

Wohnungsbaurekord in Nordrhein-Westfalen

In NRW sind im vergangenen Jahr knapp 43.000 Wohnungen in Neubauten fertiggestellt worden. Das ist ein Plus von 2,8 Prozent im Vergleich zu 2018 und zudem die höchste Neubaulzahl der vergangenen 10 Jahre, wie das statistische Landesamt am Dienstag mitteilte.

„Mehr Bauland, schnelleres Bauen und eine verlässliche Wohnungsbauförderung - die Landesregierung hat Wort gehalten und ein positives Klima für Neubau geschaffen!“, so Kölns CDU-MdB Karsten Möring. „Die Versorgung mit sicherem, bezahlbarem und qualitativ gutem Wohnraum ist für die Menschen wichtig“, so das Mitglied im Bauausschuss. Möring setzt sich für weitere städte- und wohnungsbauliche Anreize im geplanten Konjunkturprogramm des Bundes ein.

CDU/CSU-Fraktion will ein „Aufbruchpaket“ für unsere Wirtschaft

Das Konjunkturpaket für die deutsche Wirtschaft soll nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein „Aufbruchpaket“ werden. Der Unions-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus sagte zum Auftakt der Sitzungswoche des Bundestages, die Wirtschaft solle nicht einfach in den alten Zustand zurückversetzt werden, in dem sie vor der Corona-Krise war. Stattdessen wolle man in die Zukunft investieren. Das gelte auch für den Wiederaufbau in Europa.



„Nach Corona in unsere Zukunft investieren“: Unions-Fraktionschef Brinkhaus erläutert die Pläne für ein Konjunkturpaket (Foto: CDU/CSU)

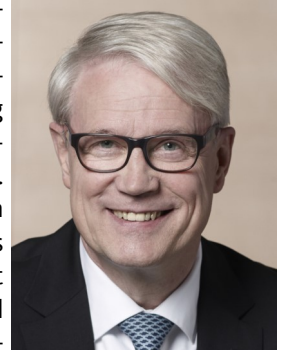
Die Koalition will nach Pfingsten ein Konjunkturpaket auf den Weg bringen, um der Wirtschaft nach dem Ende der massiven Einschränkungen wieder auf die Beine zu helfen. Mit den Finanzmitteln soll unser Land innovativer und wettbewerbsfähiger werden. Es gehe darum, gesunden Unternehmen Liquidität zur Verfügung zu stellen, damit sie die nächsten Monate überbrücken und Arbeitsplätze erhalten können. Wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb auch mit China bestehen wolle, müsse vor allem in Innovationen investiert werden. Brinkhaus erinnerte zudem daran, dass nicht alle Konjunkturhilfen Geld kosteten. Eine „Entfesselung“ der Wirtschaftskraft könne auch gelingen, wenn die Wirtschaft von unnötiger Bürokratie befreit werde und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt würden. All das werde aber nicht funktionieren,

wenn nicht auch Europa die Corona-Krise hinter sich lassen könne. Deutschland sei darauf angewiesen, seine Exportmärkte in Europa zu stärken - in gutem Einvernehmen mit den europäischen Nachbarn.

„Wir wollen eine Zukunft mit mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Lebensqualität, insbesondere auch für Familien mit Kindern“, stimmt der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring zu. Die Rettungspakete und Soforthilfen seien erste notwendige Schritte zur erfolgreichen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. „Weniger Bürokratie, Liquidität von Unternehmen sowie Innovation und Technologie plus Klimaschutz vorantreiben. Deutschland kann jetzt mit den richtigen Prioritäten beim wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neustart viel bewirken!“, so MdB Karsten Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die deutsch-französische Initiative zur wirtschaftlichen Erholung der EU ist richtig und wichtig. In der Zeit nach Corona muss Europa erneuert werden. Merkel und Macron legen



so den Grundstein für einen neuen Aufbruch in Europa.

Knapp 60 Prozent aller deutschen Exporte gehen in die EU. Es ist auch deshalb ein ureigenes Interesse Deutschlands, die europäischen Partner zu stärken. Ein Europäischer Wiederaufbaufonds, gespeist aus Anleihen der EU-Kommission, ist dafür das geeignete Programm. Denn im Unterschied zu „Corona-Bonds“, wie sie von einigen EU-Staaten als Gemeinschaftsanleihen für ihre Staatshaushalte gefordert wurden, bestimmt die EU die Programme, für die die Gelder verwendet werden, gibt sie frei und kontrolliert die Verwendung. Jeder Staat trägt dabei seinen Schuldenanteil nur entsprechend seinem Anteil am EU-Haushalt. Für Deutschland sind das rund 25 Prozent. Wir werden bei diesem befristeten Modell genau darauf achten, dass hier keine Verschuldungstür aufgemacht wird, die wir möglicherweise nicht wieder schließen können.

Die EU-Kommission hat jetzt ihren Wiederaufbauplan vorgestellt, der die wesentlichen Elemente des Vorschlags von Merkel und Macron enthält, zusätzlich ergänzt um einen Kreditanteil. Diesem Plan müssen alle Länder und auch der deutsche Bundestag zustimmen, bevor er wirksam werden kann. Die EU-Länder sind gut beraten, das auch zu tun.

Ich wünsche Ihnen frohe Pfingsten!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Anhörung zum neuen Wohnungseigentumsgesetz

Die Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) war Thema einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestags. Die Abgeordneten wollten von den neun eingeladenen Experten unter anderem wissen, wie sie die vorgesehenen weitreichenden Befugnisse der Verwalter und die Modernisierungsmaßnahmen im Gesetzentwurf der Bundesregierung



Wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit sind Anhörungen in den Fachausschüssen. Sie erfordern Sachkenntnis und Konzentration (Foto: Privat)

bewerten und wie ein Sachkundenachweis zu einer besseren Qualität der Verwalterleistungen beitragen könnte. „Wir werden im Lichte der Stellungnahmen den Entwurf auf Nachbesserungen hin prüfen“, bilanzierte CDU-MdB Karsten Möring im Anschluss an die zweistündige Diskussion: „Wir sind aber mit dem Gesetzentwurf im Grundsatz sehr zufrieden“.

Mit dem Gesetz soll der Anspruch von Wohnungseigentümern auf den Einbau einer Lademöglichkeit für ein Elektrofahrzeug, auf einen barrierefreien Aus-

und Umbau, auf Maßnahmen des Einbruchschutzes und der energetischen Sanierung gestärkt werden. Erleichterte Mehrheitsentscheidungen sollen Blockademöglichkeiten einzelner Eigentümer verringern. Durch eine flexible Ausgestaltung der Kostentragungspflicht werde dafür ein gerechter Ausgleich zwischen den Mitgliedern der Wohneigentumsgemeinschaft geschaffen. Flankiert würden diese Regelungen durch eine Anpassung der formalen Voraussetzungen an die Beschlussfähigkeit der Eigentümerversammlung.

Arbeitsbedingungen in der Fleischwirtschaft verbessern

Mangelhafter Arbeitsschutz hat in einigen Betrieben der Fleischwirtschaft zu vielen Corona-Erkrankungen geführt. Betroffen waren vor allem Beschäftigte aus osteuropäischen Ländern, die von Subunternehmern oder mit Werkverträgen billigst beschäftigt werden und teilweise in überbelegten Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Die Bundesregierung hat daher Eckpunkte eines Arbeitsschutzprogramms, gegen den Missbrauch von Werkverträgen und zur Stärkung der Stammebelegschaft beschlossen. „Ich begrüße den Beschluss zur Beseitigung dieser Missstände“, so CDU-MdB Karsten Möring. „Ausbeuterische Geschäftsmodelle müssen konsequent unterbunden und Arbeitsschutzmaßnahmen kontrolliert werden.“

Feldzug gegen Polizei und Verfassungsschutz stoppen

In Berlin will die rot-rot-grüne Landesregierung ein sogenanntes Landesantidiskriminierungsgesetz beschließen. Es enthält eine Regelung, die Diskriminierungsbeschuldigungen gegen Polizisten erleichtert, ohne diese jedoch beweisen zu müssen. „Der Entwurf in seiner jetzigen Form erklärt Berliner Polizisten zu Freiwild. Das ist unerträglich“, so CDU-MdB Karsten Möring. Das Gesetz sieht eine Umkehr der Beweislast vor. Der Uniformierte muss irgendwie seine Unschuld beweisen, wenn ihn beispielsweise ein Tatverdächtiger des Rassismus beschuldigt. Jeder Clan-Angehörige, jeder Dealer erhielte bei Inkrafttreten dieses Gesetzes quasi die Lizenz zur Diffamierung eines anständigen Beamten, der ihm auf der Spur kommt. Ein derartiger Generalverdacht gefährde auch Einsatzkräfte aus NRW und Bundespolizisten, wenn sie in Berlin Amtshilfe leisteten, verurteilt MdB Karsten Möring die Berliner Pläne.

Dazu passt auch die Reaktion der Berliner Linken und Grünen auf die Entscheidung des Berliner Verfassungsschutzes, die auch im Rheinischen Braunkohlerevier berüchtigte Organisation „Ende Gelände“ als linksextremistisch zu beobachten. Sie forderten die Abschaffung des Amtes. „Die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern schützen unseren freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Dafür stehen wir als CDU/CSU ohne Wenn und Aber“, so MdB Möring. „Egal ob Extremismus rechts, links oder islamistisch geprägt ist, er untergräbt unsere Demokratie, und wir müssen uns dagegen entschieden zur Wehr setzen, auch mit einem starken Verfassungsschutz.“

Neues Geologiedatengesetz verabschiedet

Der Bundestag hat am Freitag das Geologiedatengesetz abschließend verabschiedet und dabei aktuelle Länderwünsche aus dem Vermittlungsausschuss berücksichtigt. Mit dem Gesetz wird die umfangreiche öffentliche Bereitstellung geologischer Beurteilungsgrundlagen für das Standortauswahlverfahren eines atomaren Endlagers in Deutschland geschaffen. „Für die Akzeptanz der Standortauswahl ist eine vollständige Transparenz aller Entscheidungen unabdingbar“, meint der zuständige Fraktionsberichterstatte Karsten Möring, der monatelang um den richtigen Ausgleich zwischen Eigentümerinteressen und dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Einsicht auch in private Daten gerungen hat.

„Ich bin froh über den gefundenen Konsens. Damit ist der weitere Zeitplan für die Standortsuche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle gesichert, der im Herbst mit einem ersten Zwischenbericht öffentlich Fahrt aufnimmt“, so Kölns CDU-MdB.

Impressum:

Ausgabe Nr. 55 der 19. Wahlperiode

30. Mai 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

